



Zuletzt aktualisiert: **26.01.2012 um 12:32 Uhr** (Kommentare)

## Experten für Länder-Steuerautonomie

Finanzexperten erhoffen sich aus der Diskussion um das Sparpaket eine Föderalismusreform. Nötig wäre dabei eine bessere Koordinierung zwischen den Gebietskörperschaften und damit verbunden klarere Zuständigkeiten. Länder und Gemeinden könnten dabei auch bis zu einem gewissen Grad eine Abgaben-Autonomie erhalten, erklärte am Donnerstag unter anderem Wifo-Forscherin Margit Schratzenstaller.

Dass die Länder die "großen" Steuern wie Einkommenssteuern oder Körperschaftssteuer frei festlegen sollten, ist damit freilich nicht gemeint. Schratzenstaller kann sich aber vorstellen, dass der Bund bei manchen Abgaben nur gewisse Bandbreiten festlegt und die anderen Gebietskörperschaften den präzisen Wert selbst bestimmen. Selbst in zentralistischen Staaten wie Schweden gebe es nämlich mehr Steuerautonomie als in Österreich, argumentierte der Direktor des Instituts für Föderalismus Peter Bußjäger.

Das jetzige System des Finanzausgleichs stellt für die Experten jedenfalls nicht die Ideallösung dar. Laut Schratzenstallers soll der Bund Steuergelder an Länder und Gemeinden zahle, damit die jene Zuschüsse erreichten, die im Rahmen des Stabilitätspakt verlangt würden, um das Defizit des Bunds wieder wettzumachen.

Was es jedenfalls aus Expertensicht bräuchte, wäre ein "rationalerer Föderalismus", wie es Schratzenstaller formulierte. Wichtig wären möglichst wenige gemischte Zuständigkeiten sondern klare Zuordnungen, etwa im Schul- oder Gesundheitsbereich.

Befürwortet wird von den Experten die Schuldenbremse. Da die Staatsverschuldung offenbar eine Droge sei, von der die Politik nicht los komme, sei diese Selbstbindung nötig, meinte Wifo-Forscher Pitlik. Bevorzugt wird von ihm und Bußjäger eine Verankerung in der Verfassung.

**Quelle: APA**

Tiroler Tageszeitung Wien  
27. 01. 2012

## Bundesländer sollen in Steuerwettbewerb treten

**Wien** – Finanz- und Föderalismusexperten aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo), vom Institut für Föderalismus und vom Zentrum für Verwaltungsforschung fordern, die Debatte um Sparpaket und Schuldenbremse zu einer Reform der Zuständigkeiten und Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu benutzen.

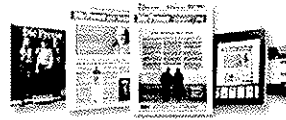
Margit Schratzenstaller vom Wifo tritt dabei für „dotierte Wettbewerbselemente“ bei den Steuern ein. Bundesländer könnten etwa die Möglichkeit bekommen, in einer gewissen Bandbreite selbst

Zuschläge auf Steuern festzulegen. In anderen Ländern gebe es mehr regionale Steuerautonomie als in Österreich.

Sie sieht diese Idee eingebettet in die Forderung nach einem „rationaleren“ Föderalismus: „Es geht nicht darum, eine Ebene abzuschaffen, sondern darum, zu schauen, wie man die Aufgaben zuteilt.“ Statt gemischter Zuständigkeiten sollte es klare Zuordnungen geben.

Die Länder sollten dann aber auch mehr Verantwortung für die Finanzierung dieser Aufgaben haben, meinen die Experten. (sabl)

## WERTPAPIERE



27.01.2012 07:13 | Meine Presse Merkliste 0

Login Neu registrieren

Politik Wirtschaft Panorama Kultur Tech Sport Leben Bildung Wissenschaft Gesundheit Recht Spectrum Meinung



## Experten fordern mehr Steuerautonomie für Länder

26.01.2012 | 12:16 | (DiePresse.com)

Österreich brauche einen "rationaleren Föderalismus", erklärt Wifo-Forscherin Schratzenstaller.

Finanzexperten hoffen, dass aus der Diskussion um das Sparpaket eine Föderalismusreform hervorgeht. Länder und Gemeinden könnten dabei auch bis zu einem gewissen Grad eine Abgaben-Autonomie erhalten, erklärten am Donnerstag unter anderem Wifo-Forscherin Margit Schratzenstaller und der Direktor des Instituts für Föderalismus, Peter Bußjäger.

Bild vergrößern

### AUS DEM ARCHIV:

Ökodiktator ohne Diktat (22.11.2011)

ÖH-Debatte: "Es gibt keine himmlische Geldquelle" (23.10.2011)

Dass die Länder die "großen" Steuern wie Einkommenssteuern oder Körperschaftssteuer frei festlegen sollten, ist damit freilich nicht gemeint. Schratzenstaller kann sich aber vorstellen, dass der Bund bei manchen Abgaben nur gewisse Bandbreiten festlegt und die anderen Gebietskörperschaften den präzisen Wert selbst bestimmen. Selbst in zentralistischen Staaten wie Schweden gebe es nämlich mehr Steuerautonomie als in Österreich, argumentierte Bußjäger.

Wifo-Forscher Hans Pitlik glaubt, dass dies für die lokale Politik auch der Bevölkerung gegenüber argumentierbar wäre. Denn wolle man etwas investieren, brauche es dafür eben auch Einnahmen. Freilich könnten die Länder schon unter den gegenwärtigen gesetzlichen Voraussetzungen initiativ werden und nicht nur auf die Steuern des Bunds warten. Bußjäger verwies darauf, dass etwa verfassungsrechtlich nichts dagegen gesprochen hätte, die im Zuge der Sparverhandlungen diskutierte Umwidmungsabgabe bereits vor Jahren zu etablieren.

Das jetzige System des Finanzausgleichs stellt für die Experten jedenfalls nicht die Ideallösung dar. Schratzenstallers Zusammenfassung: Der Bund zahle Steuergelder an Länder und Gemeinden, damit die jene Zuschüsse erreichten, die im Rahmen des Stabilitätspakt verlangt würden, um das Defizit des Bunds wieder wettzumachen.

### Experten fordern klare Zuständigkeiten

Was es jedenfalls aus Expertensicht bräuchte, wäre ein "rationalerer Föderalismus", wie es Schratzenstaller formulierte. Wichtig wären möglichst wenige gemischte Zuständigkeiten sondern klare Zuordnungen, etwa im Schul- oder Gesundheitsbereich. Dazu müssten strategische Absprachen zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen mit dem Ziel einer koordinierten Wachstumsstrategie kommen, meinte Helfried Bauer, Lehrbeauftragter der Uni Innsbruck.

Auf den Weg gebracht werden müsste eine Föderalismusreform relativ schnell. Bis Ende 2013 sollten die Reformvorschläge ausgearbeitet sein, um sie dann 2014 bei den Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich auch gleich umsetzen zu können, befand Peter Biwald, Geschäftsführer des Zentrum für Verwaltungsforschung.

(APA)

Testen Sie "Die Presse" 3 Wochen lang gratis: [diepresse.com/testabo](http://diepresse.com/testabo)

### AUS DEM ARCHIV:

Ökodiktator ohne Diktat (22.11.2011)

ÖH-Debatte: "Es gibt keine himmlische Geldquelle" (23.10.2011)

e Geldquelle" (23.10.2011)

Sparpaket: Finanz- und Föderalismusexperten für Länder-Steuerautonomie  
Utl.: Plädoyer für "rationaleren Föderalismus"

Wien (APA) - Finanzexperten erhoffen sich aus der Diskussion um das Sparpaket eine Föderalismusreform. Nötig wäre dabei eine bessere Koordinierung zwischen den Gebietskörperschaften und damit verbunden klarere Zuständigkeiten. Länder und Gemeinden könnten dabei auch bis zu einem gewissen Grad eine Abgaben-Autonomie erhalten, erklärten bei einer Pressekonferenz Donnerstagvormittag unter anderem Wifo-Forscherin Margit Schratzenstaller und der Direktor des Instituts für Föderalismus Peter Bußjäger.

Dass die Länder die "großen" Steuern wie Einkommenssteuern oder Körperschaftssteuer frei festlegen sollten, ist damit freilich nicht gemeint. Schratzenstaller kann sich aber vorstellen, dass der Bund bei manchen Abgaben nur gewisse Bandbreiten festlegt und die anderen Gebietskörperschaften den präzisen Wert selbst bestimmen. Selbst in zentralistischen Staaten wie Schweden gebe es nämlich mehr Steuerautonomie als in Österreich, argumentierte Bußjäger.

Wifo-Forscher Hans Pitlik glaubt, dass dies für die lokale Politik auch der Bevölkerung gegenüber argumentierbar wäre. Denn wolle man etwas investieren, brauche es dafür eben auch Einnahmen. Freilich könnten die Länder schon unter den gegenwärtigen gesetzlichen Voraussetzungen initiativ werden und nicht nur auf die Steuern des Bunds warten. Bußjäger verwies darauf, dass etwa verfassungsrechtlich nichts dagegen gesprochen hätte, die im Zuge der Sparverhandlungen diskutierte Umwidmungsabgabe bereits vor Jahren zu etablieren.

Das jetzige System des Finanzausgleichs stellt für die Experten jedenfalls nicht die Ideallösung dar. Schratzenstallers Zusammenfassung: Der Bund zahle Steuergelder an Länder und Gemeinden, damit die jene Zuschüsse erreichten, die im Rahmen des Stabilitätspakt verlangt würden, um das Defizit des Bunds wieder wettzumachen.

Peter Biwald, Geschäftsführer des Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) betonte, dass dabei für die Gemeinden auch noch ein guter Teil der im Zug des FAG übermittelten Steuermittel wieder durch Transfers an die Länder verloren gehe. Auch Helfried Bauer, Lehrbeauftragter der Uni Innsbruck, hält es für sinnlos, dass sich die Länder über die Landesumlage auf Kosten der Gemeinden finanzieren könnten.

Was es jedenfalls aus Expertensicht bräuchte, wäre ein "rationalerer Föderalismus", wie es Schratzenstaller formulierte. Wichtig wären möglichst wenige gemischte Zuständigkeiten sondern klare Zuordnungen, etwa im Schul- oder Gesundheitsbereich. Dazu müssten strategische Absprachen zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen mit dem Ziel einer koordinierten Wachstumsstrategie kommen, meinte Bauer.

Befürwortet wird von den Experten die Schuldenbremse. Da die Staatsverschuldung offenbar eine Droge sei, von der die Politik nicht los komme, sei diese Selbstbindung nötig, meinte Pitlik. Bevorzugt wird von ihm und Bußjäger eine Verankerung in der Verfassung. Allenfalls wäre noch eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, wie sie ohnehin geplant ist, eine Alternative, meinte Bußjäger.

Auf den Weg gebracht werden müsste eine Föderalismusreform relativ schnell. Bis Ende 2013 sollten die Reformvorschläge ausgearbeitet sein, um sie dann 2014 bei den Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich auch gleich umsetzen zu können, befand Biwald. Wenn der politische Wille da sei, könnte sich das zeitlich auch problemlos ausgehen, sagte Schratzenstaller. (Schluss) bei/mk

APA0258 2012-01-26/12:00

261200 Jän 12